

Antrag

der Abgeordneten Cornelia Hirsch, Dr. Petra Sitte, Bodo Ramelow, Volker Schneider (Saarbrücken) und der Fraktion DIE LINKE.

Bildungsgipfel nutzen – Bessere Bildung für alle – Bildung als Gemeinschaftsaufgabe von Bund und Ländern

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Der Bildungsgipfel von Bund und Ländern am 22. Oktober 2008 muss dringend grundlegende Verbesserungen im Bildungssystem auf den Weg bringen. Denn der Bildungsbericht 2008 stellt umfassende Mängel im Deutschen Bildungssystem fest: Kindertagesstätten, Schulen und Hochschulen sind chronisch unterfinanziert. Knapp 80 000 Jugendliche verlassen jedes Jahr die Schule ohne Schulabschluss. Kinder mit Migrationshintergrund haben in allen Phasen deutlich schlechtere Chancen auf gute Bildung. Chronisch Kranke und Menschen mit Behinderung werden ausgegrenzt. Seit Jahren bekommt nur etwa die Hälfte der Bewerberinnen und Bewerber einen betrieblichen Ausbildungsplatz. 40 Prozent der Jugendlichen mit einem Hauptschulabschluss warten 30 Monate auf einen Ausbildungsplatz. Immer weniger Jugendliche nehmen ein Studium auf und gleichzeitig steigt die Zahl der Abbrecher weiter an. Von 1999 bis 2005 sind die Ausgaben der Bundesagentur für Arbeit für Weiterbildung um über 70 Prozent gesunken. Weiterbildung wird vor allem von denjenigen wahrgenommen, die bereits ein hohes Bildungsniveau erreicht haben.

Das Recht auf Bildung wird in Deutschland nicht ausreichend umgesetzt. Das Bildungssystem ist selektiv und diskriminierend. Zu diesem Ergebnis kam im März 2007 der UN-Sonderberichterstatter für das Recht auf Bildung, Vernor Muñoz. Der Zugang zu Bildung und der erreichte Abschluss hängen in Deutschland so stark wie in keinem anderen Industrieland von der sozialen Herkunft der Eltern ab. Das mehrgliedrige Schulsystem fördert diese negative soziale Auslese. Kitagebühren, die Abschaffung der Lehrmittelfreiheit, Schulgebühren für schulische Ausbildung, Prüfungsgebühren sowie Studiengebühren sind zusätzliche soziale Hürden.

Der Bundestag tritt für das Recht auf gebührenfreie und gute Bildung für alle Kinder und Jugendlichen – unabhängig vom Geldbeutel der Eltern – ein. Er fordert, die öffentlichen Ausgaben für Bildung auf mindestens 7 Prozent des Bruttoinlandsprodukts zu erhöhen.

Das Bildungssystem in Deutschland muss grundlegend reformiert werden. Die 2006 beschlossene Föderalismusreform hat die Probleme im deutschen Bildungssystem verschärft. Im Zuge dieses Wettbewerbsföderalismus sind noch weitere Kompetenzen an die Länder gegangen, damit sind sie nun fast allein für die Bildung zuständig. Der Bund kann aufgrund des Kooperationsverbots nur noch eingeschränkt gemeinsam mit den Ländern Bildungsaufgaben finanzieren.

Das Auslaufen von Bildungsprogrammen wie dem Ganztagschulprogramm und der Wegfall der Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau haben Finanzlöcher in die Landeshaushalte gerissen. Um die Bildungsmisere zu beheben und um gleichwertige Lebensverhältnisse bundesweit zu gewährleisten, setzt sich der Bundestag dafür ein, wieder eine Gemeinschaftsaufgabe Bildung zu schaffen.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

den von der Bundeskanzlerin angekündigten Bildungsgipfel zu nutzen, um folgende Maßnahmen auf den Weg zu bringen:

1. die Bildungsfinanzierung in Deutschland auf eine neue Grundlage zu stellen. Dazu soll eine neue Gemeinschaftsaufgabe Bildung in das Grundgesetz (Artikel 91b des Grundgesetzes – GG) eingeführt werden, die es ermöglicht, gemeinsame Bund-Länder-Programme zur Finanzierung besserer Bildung aufzulegen,
2. das sogenannte Kooperationsverbot zwischen Bund und Ländern in Artikel 104b GG aufzuheben, da es die Zusammenarbeit von Bund und Ländern im Bildungsbereich ausschließt,
3. einen nationalen Bildungspakt zu vereinbaren, der eine schrittweise und dauerhafte Steigerung des Anteils der öffentlichen Bildungsausgaben am Bruttoinlandsprodukt (BIP) auf mindestens 7 Prozent festlegt. Bestandteil des nationalen Bildungspaktes sollen auch Maßnahmen für eine Verbesserung der personellen und sachlichen Ausstattung der Kindertagesbetreuung, der allgemeinbildenden Schulen, der schulischen Berufsausbildung und der Hochschulen sein,
4. die Unentgeltlichkeit von Bildung im Grundgesetz zu verankern bzw. in einem ersten Schritt durch eine Vereinbarung mit den Ländern sicherzustellen, dass die Gebühren für Kindertagesstätte, Ausbildung und Hochschule abgeschafft werden und eine umfassende Lernmittelfreiheit gilt,
5. im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe Bildung zu vereinbaren, dass das selektive mehrgliedrige Schulsystem abgeschafft wird. Stattdessen werden gut ausgestattete Gemeinschaftsschulen eingerichtet, in denen alle Kinder und Jugendlichen gemeinsam lernen und individuell gefördert werden.

Berlin, den 25. Juni 2008

Dr. Gregor Gysi, Oskar Lafontaine und Fraktion